

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

Nr. 69 – Dezember 2021

Liebe Leser*innen

Oftmals überkommt uns ein beklemmendes Gefühl, wenn uns freundschaftlich verbundene Menschenrechtsverteidi-ger*innen und Journalist*innen aus Guatemala von den aktuellen Entwicklungen und ihren ganz persönlichen Er-fahrungen berichten. Guatemala scheint sich rückwärts zu bewegen: Die Korruption nimmt immer haarsträubendere Ausmasse an, der Rechtsstaat wird laufend demontiert, auf Proteste reagiert die Regierung mit Repression und Krimi-nalisierung, und die Remilitarisierung des Landes schreitet voran.

In solchen Momenten müssen wir uns rückbesinnen auf die Raison d'Être und auf die Kernaufgabe des Guatemala-Netzes Zürich – auf unsere Solidarität durch Hinschauen und Zuhören und auf die konkrete Unterstützung, die wir leisten können. In diesem Bulletin berichten wir, wie die aktuelle Situation in El Estor an die Bürgerkriegsjahre er-innert und wie unsere politische Arbeit zum Fall der Nickelmine Fénix weitergeht. Wir zeigen auf, dass eine Umsied-lung manchmal die letzte Chance zum Schutz des Lebens von bedrohten Menschenrechtsverteidiger*innen ist und wie der Notfallfonds des Guatemala-Netzes Zürich helfen konnte, zwei Familien an einem sicheren Ort unterzubringen. Und wir schildern, wie das Stipendienprojekt in San Marcos trotz pandemiebedingter Einschränkungen überraschend erfolgreich weitergeführt werden konnte.

Die regelmässigen Leser*innen werden bemerken, dass sich die Form des Bulletins verändert hat. Aus Ressourcen-gründen fokussieren wir in Zukunft mehr auf das konkrete Engagement des Guatemala-Netzes und überlassen die detaillierten Recherchen und Berichterstattungen zu Guatemala den «Profis». Wir danken Barbara Klitzke für ihren enormen Einsatz für das Bulletin während der letzten Jahre und wünschen Ihnen eine gute Lektüre.

Alice Froidevaux

«Die Korruption tötet uns!» Foto: Prensa comunitaria – Francisco Simon



Ausnahmezustand in El Estor: Konflikt um Schweizer Nickelmine spitzt sich zu

Nach erneuten Protesten der lokalen Maya-Q'eqchi'-Bevölkerung gegen den Betrieb der Nickelmine Fénix in El Estor verhängte die Regierung am 24. Oktober den Ausnahmezustand über die Region und schaffte so die Grundlage für eine verschärfte Repression und Kriminalisierung der Menschen im Widerstand. Das Guatemala-Netz Zürich beobachtet die Menschenrechtssituation in El Estor seit mehreren Jahren. Über die aktuellen Entwicklungen sind wir sehr besorgt.

Michael Kohli

Wie an anderer Stelle ausführlich dokumentiert, geht der Nickelabbau in El Estor bis in die 1950er-Jahre zurück und ist seit jeher von Protesten, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen geprägt.¹ Im Jahr 2011 hat die Solway Investment Group GmbH mit Hauptsitz im schweizerischen Zug das umstrittene Bergbauprojekt Fénix übernommen. Solway gehören die beiden guatemalteckischen Unternehmen Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN) als Betreiberin der Nickelmine und Compañía Procesadora de Níquel (Pronico), die das Nickelerz in der örtlichen Raffinerie verarbeitet. Seit 2017 – als rote Flecken im Izabal-See die Angst vor bleibenden Umweltschäden erhöhten und der Fischer Carlos Maaz bei Protesten von der Polizei erschossen wurde – ist der Widerstand der Lokalbevölkerung gegen die Nickelproduktion gewachsen und hat sich organisiert. Die Antwort der guatemalteckischen Regierung ist eine immer härtere Linie der Repression zum Schutz des Unternehmens und eigener Wirtschafts- und Machtinteressen.

Urteil zugunsten der lokalen indigenen Bevölkerung

Bereits 2019 hat das guatemalteckische Verfassungsgericht einer Klage von Vertreter*innen der lokalen indigenen Gemeinden und der Fischerzunft von El Estor stattgegeben und die Abbaulizenz «Mine Fénix» vorläufig suspendiert. Das Gericht kam zum Schluss, die Lizenz sei zu Unrecht ausgestellt worden, weil die lokale Bevölkerung – mehrheitlich Angehörige der Maya-Q'eqchi' – sich im Vorfeld nicht dazu äussern konnte. Gemäss dem 1996 von Guatemala ratifizierten Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) muss die indigene Bevölkerung vorgängig zu Vorhaben konsultiert werden, die ihr Leben und Land unmittelbar betreffen. Im Juni 2020 bestätigte das Verfassungsgericht sein Urteil und ordnete die Durchführung einer Konsultation der von den Bergbautätigkeiten betroffenen indigenen Bevölkerung nach internationalen Standards an. Der Betrieb der Mine muss bis zum Ende der Konsultation

eingestellt werden. Im Februar dieses Jahres eröffnete das Bergbauministerium offiziell den Konsultationsprozess, für den maximal 18 Monate vorgesehen sind.

Konsultation trotz Ausnahmezustand

Auf die hoffnungsvolle Stimmung nach dem Gerichtsentcheid folgte bald grosse Ernüchterung und der Konflikt wurde weiter angeheizt. Einerseits schloss das Bergbauministerium kritische Stimmen – so zum Beispiel die erfolgreichen Kläger*innen – von der vorbereitenden Aushandlung des Konsultationsprozesses (*Preconsulta*) aus. Andererseits betreibt Pronico die Nickelraffinerie weiter und argumentierte, die Suspendierung gelte nur für den Abbau des Minerals, aber nicht für dessen Verarbeitung. Der guatemalteckische Anwalt Rafael Maldonado hat diese Auslegung des Gerichtsurteils widerlegt und wirft CGN/Pronico vor, illegal weiterzuarbeiten.²

Als Reaktion auf diese Entwicklung errichteten Teile der lokalen Bevölkerung Anfang Oktober ein Protestcamp, um die Durchfahrt der Lastwagen von CGN/Pronico zu verhindern. Die guatemalteckische Regierung reagierte mit einer massiven Mobilisierung von Polizei und Militär auf die friedlichen Proteste. Am 22. Oktober wurde das Protestcamp schliesslich von Sondereinsatzkräften gewaltsam geräumt. Ein Minderjähriger musste infolge des Einsatzes von Tränengas im örtlichen Gesundheitsposten behandelt werden. Auch gegen Journalist*innen wurden direkt Tränengaspetarden abgeschossen. Zudem wurde ihnen verboten zu filmen.

Die Regierung diffamiert den friedlichen Widerstand der Maya-Q'eqchi'-Bevölkerung öffentlich als gewaltsam und legitimiert so ihr repressives Vorgehen. Mit dem Argument, die Sicherheit in der Region gewährleisten zu wollen, verhängte Präsident Alejandro Giammattei am 24. Oktober einen 30-tägigen Ausnahmezustand über die Region. Somit



Repression in El Estor. Foto: Prensa Comunitaria – Juan Bautista Xol

wurden grundlegende Rechte der Bevölkerung ausgesetzt und Proteste gegen die Mine so gut wie unmöglich. In den ersten vier Tagen des Ausnahmezustands berichtet die Polizei von 26 Hausdurchsuchungen und 14 Verhaftungen. Schnell bewahrheiten sich die Befürchtungen, dass der Ausnahmezustand dazu genutzt wird, Minengegner*innen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Wir erhielten aufwühlende Berichte von willkürlichen Verhaftungen und rücksichtslosen Hausdurchsuchungen. Auch lokale Radiosender und Menschenrechtsorganisationen werden überwacht und unter Druck gesetzt. Das Haus einer Person, die mit dem Guatemala-Netz Zürich in Kontakt steht, wurde gleich zweimal auf den Kopf gestellt. Bei der ersten Razzia waren nur die Kinder zu Hause. Sie wurden von den Einsatzkräften gezwungen, die Türe zu öffnen. In schwer zu ertragenden Zeugenaussagen berichten die Kinder von sexuellen Belästigungen und Drohungen. Die Militarisierung der Region, die ständig über der Gegend kreisenden Drohnen und Hubschrauber, die Überwachung und die Razzien lassen bei der Bevölkerung Erinnerungen an den Bürgerkrieg wach werden, in dem zwischen 1960 und 1996 über 200'000 Menschen getötet wurden.

Derweil führt das Bergbauministerium den Konsultationsprozess unbekümmert fort, was den Vorgaben des ILO-Übereinkommens 169 klar widerspricht. Nach dieser Konvention muss eine Konsultation frei sein und nach Treu und Glauben durchgeführt werden, also in einem Klima von gegenseitigem Respekt und Vertrauen. Diese Bedingungen sind im gegenwärtigen Ausnahmezustand offensichtlich nicht gegeben. Es herrscht ein Klima der Gewalt und Angst. Von einer freien Konsultation kann unter Militär- und Polizeibelagerung nicht die Rede sein.

¹ http://guatemalanetz-zuerich.ch/download/medien/Fallstudie_Solway_November2020.pdf

² www.prensacomunitaria.org/2021/07/gremial-de-pescadores-pre-consulta-no-se-puede-realizar-hasta-que-el-proyecto-minero-fenix-suspenda-operaciones/

Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen

Das Guatemala-Netz Zürich setzt sich auf verschiedenen Ebenen für die betroffene Bevölkerung von El Estor ein. Zum einen unterstützen wir mit unserem Fonds für Menschenrechtsverteidiger*innen Personen und Organisationen, die durch die aktuelle Eskalation zusätzlich in Bedrängnis geraten sind und aufgrund ihres Engagements kriminalisiert oder bedroht werden. Zum anderen halten wir das in der Schweiz ansässige Unternehmen Solway und die Schweizer Behörden zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen an, und drittens wollen wir die Schweizer Öffentlichkeit über die Vorgänge in El Estor informieren. Als Besitzerin der Nickelmine und -raffinerie in El Estor ist Solway verpflichtet, die Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften in Guatemala zu kontrollieren. Die Aufgabe der Schweizer Behörden ist es wiederum, vom Schweizer Bergbaukonzern zu verlangen, dass er bei seinen Tätigkeiten weltweit die Menschen- und Umweltrechte einhält. Bei Nichteinhaltung müssen sie Solway entsprechend sanktionieren. Die Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative hat gezeigt, dass die Schweizer Bevölkerung dies erwartet.

Nach den letzten Entwicklungen haben wir zusammen mit befreundeten Organisationen erneut unsere Besorgnis gegenüber der Schweizer Botschaft in Guatemala sowie gegenüber dem EDA und SECO zum Ausdruck gebracht. Wir forderten sie dazu auf, sich für die Gewährleistung der Demonstrations- und Pressefreiheit sowie der Rechte der indigenen Bevölkerung und für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen einzusetzen. Aufgrund der neuesten Eskalation des Konfliktes wurde in den Schweizer Medien zum ersten Mal etwas ausführlicher über den Fall Solway und über die Verantwortung der Schweiz berichtet. Wir hoffen, dass sich so der Druck auf die Schweizer Behörden und Solway erhöht und sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um in dieser kritischen Situation Menschenleben zu schützen und eine Lösung des Konfliktes zu erreichen. Wir bleiben dran!

Kriminalisierung: Umsiedlung als letzte Chance zum Schutz des Lebens

*Auch dieses Jahr konnte das Guatemala-Netz Zürich mit dem unbürokratischen Notfallfonds verschiedene bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen und ihre Familien unterstützen. Im Fall der beiden kriminalisierten Frauen Regina und Julieta¹ war ein Wegzug der Familie aus ihrer Heimatgemeinschaft nötig, um ihren Schutz gewährleisten zu können. Die psychosozialen Folgen für die ganze Familie sind weitreichend – und Solidarität lebenswichtig.*

Jessica Garcia

Kriminalisierung zerstört das soziale Netz von Menschenrechtsverteidiger*innen und deren Familien und nimmt ihnen das Gefühl von Kontrolle und Sicherheit. In diesem Artikel verstehen wir Kriminalisierung in einem breiteren Sinn, das heisst nicht nur als eine strafrechtliche Verfolgung, sondern als Kombination verschiedener Handlungen staatlicher und nicht staatlicher Akteure sowie der Medien zur Delegitimierung von Menschenrechtsverteidiger*innen.² Umsiedlungen sind bei Fällen von Kriminalisierung eine der Sicherheitsvorkehrungen, die den Menschenrechtsverteidiger*innen und deren Familien in solch einer Situation Schutz bieten können. Die zeitweilige Unterbringung an einem sicheren Ort oder der dauerhafte Umzug in eine andere Gegend ist eine wirksame Massnahme zur Erhöhung des Schutzes kriminalisierter und bedrohter Menschenrechtsaktivist*innen und ihrer Familien. Doch sie bringt auch hohe soziale und wirtschaftliche Kosten mit sich.

Strafverfolgt und bedroht wegen ihres Engagements für Wahrheit und Gerechtigkeit

Im Jahr 2020 verschwand in einer Gemeinschaft in Baja Verapaz ein bedeutender indigener Menschenrechtsverteidiger, der sich für Landrechte und gegen Wasserkraft-, Bergbau- und landwirtschaftliche Grossprojekte in der Region einsetzte. Monate später fand dieselbe Gemeinschaft einen weiteren anerkannten Menschenrechtsverteidiger tot auf. Er hatte sich für die Aufklärung des Verschwindens seines Kollegen eingesetzt. Als Regina und Julieta, die Ehefrauen der beiden, eine Untersuchung der Fälle und Gerechtigkeit forderten, wurden strafrechtliche Vorwürfe gegen sie erhoben und sie wurden mit ihren Kindern Ziel von Drohungen. Darum kam eine in der Region gut verankerte indigene Bauern- und Landrechtsorganisation auf das Guatemala-Netz Zürich zu und bat um finanzielle Unterstützung der zwei Familien, die in eine sehr unsichere rechtliche und finanzielle Lage geraten waren.

Eine Auszeit an einem sicheren Ort

Die Familien zogen wegen der grossen Bedrohungslage in ihrer Gemeinde in die *Casa de Sanación*, welche die indigene Bauernorganisation in Baja Verapaz für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen und ihren Familien aufgebaut hat. Dieses «Haus der Heilung» bietet Ruhe und Sicherheit und ermöglicht einen Schritt aus dem Leben in Angst vor Verfolgung, Bedrohung und physischen Übergriffen. Während ihres Aufenthalts in diesem Haus finden Menschenrechtsverteidiger*innen und ihre Familien die Zeit und Stabilität, um erneut Kraft zu schöpfen und weitere Schritte für ein neues Leben zu planen. Je nach Risikosituation kann ein Aufenthalt an einem geheimen Ort eine zeitlich begrenzte oder längerfristige Massnahme sein. Im Falle der Familien von Regina und Julieta kommt wegen der anhaltenden Sicherheitsrisiken keine baldige Rückkehr infrage. Der Beitrag des Fonds für Menschenrechtsverteidiger*innen floss in die Baukosten für ein einfaches neues Zuhause, das auf einem von der indigenen Bauernorganisation selbst finanzierten Landstück errichtet wurde. Da die Familien wegen den Zerstörungen der Hurrikane ETA und IOTA im Jahr 2020 ihre Ernte und ihr Saatgut verloren hatten, unterstützte der Notfallfonds sie auch mit dem Kauf von Nahrungsmitteln. Regina und Julieta setzen ihr Engagement für die strafrechtliche Aufarbeitung des Schicksals ihrer Ehemänner fort und werden darum weiterhin kriminalisiert. Die finanzielle Unterstützung des Fonds ermöglicht den beiden Frauen auch den wichtigen juristischen Beistand in den gegen sie laufenden Strafverfahren.

Kriminalisierung zerstört das soziale Netz

Kriminalisierung, Stigmatisierung, Verfolgung, Bedrohung und Ermordungen sind starke und gewalttätige Einschnitte im Leben der Menschenrechtsverteidiger*innen und ihrer Familien und haben einen Einfluss auf das soziale Netz.



Manchmal bleibt nur das Verlassen der eigenen Gemeinschaft. Foto: Prensa Comunitaria –Nelton Rivera

Die guatemalteckische Psychologin Ana Lucía Mendoza Herrera, die sich auf die psychologische Unterstützung von kriminalisierten Menschenrechtsverteidiger*innen spezialisiert hat, schilderte 2018 in einem Interview mit Peace Brigades International Guatemala die Folgen von Kriminalisierung und der Stigmatisierung, die Menschenrechtsverteidiger*innen und ihre Familien in einer Gemeinschaft erleben, wie folgt:

*«Eines der Ziele der Kriminalisierung besteht darin, soziale Strukturen zu zerstören, von der Familie bis zur Gemeinschaft, was schwerwiegende Auswirkungen hat, wenn das Leben vom gemeinschaftlichen Handeln aus gelernt wurde. Ein weiteres Ziel ist die Stigmatisierung der kriminalisierten Menschenrechtsverteidiger*in. Durch Stigmatisierung werden Zweifel, Verdacht, Miss-trauen gesät und die Stigmatisierung auf den Familienkern ausgedehnt. Daher ist für Töchter und Söhne der Schulbesuch beispielsweise keine bereichernde Erfahrung mehr; wichtige Aktivitäten wie der Gang zur Kirche oder der Marktbesuch fühlen sich nicht mehr sicher an, da die Möglichkeit eines Angriffs auf ihre körperliche und psychische Integrität immer da ist. All diese Erfahrungen haben Auswirkungen auf die emotionalen Bindungen, die innerhalb der Familie aufgebaut werden, weil die Familiendynamik gebrochen wird, weil sich das Leben von einem Moment zum anderen komplett verändert. Es kommt zu einer emotionalen Destabilisierung und es gibt konkrete Veränderungen im Materiellen.»³*

Die Familien von Regina und Julieta erfuhren zwar Solidarität von ihrer Gemeinschaft. Trotzdem war ihr bisheriger Wohnort für sie nicht mehr sicher. Wir vom Guatemala-Netz Zürich sind sehr besorgt über die ständige Verschlechterung der Sicherheitslage der guatemalteckischen, insbesondere indigenen Menschen-

rechtsverteidiger*innen und über die zunehmende Instrumentalisierung der Gesetze und des Rechtssystems. Umso nötiger bleibt es, in Bedrängnis geratene Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen.

Mit einer Spende für den Fonds für Menschenrechtsverteidiger*innen können auch Sie mutige Frauen und Männer unterstützen, die wegen ihres Engagements für Frieden und Gerechtigkeit oder ihres Einsatzes für Menschen- oder kollektive Rechte in Not geraten.

Vielen Dank für Ihre Solidarität!

**Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich
Postkonto 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1
Vermerk «Fonds MRV»**

¹ Namen von der Redaktion aus Sicherheitsgründen geändert.

² Für weitere Informationen zur Definition von Kriminalisierung und deren Auswirkungen siehe: Mitgliedsorganisationen des runden Tisches Zentralamerika, Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika, Was ist Kriminalisierung, involvierte Akteur*innen, Rolle der Justiz und Auswirkung auf die Betroffenen, 2020, Seiten 5–9, <https://pbideutschland.de/aktuelles/neue-publikation-kriminalisierung-von-menschenrechtsverteidigerinnen-zentralamerika>

³ Peace Brigades International Guatemala, Bulletin Nr. 39, Impacts of criminalization on the families of human rights defenders, August 2018, Seiten 11–13, https://pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/B39_esp.pdf

Bildung bewegt

Durch die Coronapandemie geriet das Recht auf Bildung in Guatemala noch stärker unter Druck. Zudem nahm die Erwerbs- und Perspektivlosigkeit nochmals zu, während sich die Migration in den aussichtsreichen Norden durch ein strengeres Grenzregime weiter verkomplizierte. Die Landarbeiter*innenbewegung MTC in San Marcos reagierte schnell und kreativ auf die erschwerten Umstände und konnte so das vom Guatemala-Netz Zürich unterstützte Stipendienprogramm erfolgreich weiterführen.

Alice Froidevaux

«Die wirtschaftliche Situation hat sich seit März 2020 für viele Familien in der Region nochmals stark verschlechtert», erklärt Julissa Barrios, Koordinatorin des MTC Stipendienprogramms. «Seit dem Beginn des Lockdowns haben viele Arbeiter*innen, die auf *Fincas*¹ oder in *Maquilas*² ohne festen Vertrag tätig waren, ihre Arbeit verloren – ohne jegliche Entschädigung. Gleichzeitig sind die Preise für Lebensmittel und öffentliche Verkehrsmittel stark angestiegen. In dieser Situation sahen sich viele gezwungen, zu emigrieren, trotz der angespannten Lage an den Grenzen.»

Auch die Bildung habe mit der Pandemie einen schweren Rückschlag erlitten. Schwierig seien vor allem die grosse Ungewissheit über die Unterrichtsmodalitäten gewesen und die Tatsache, dass weder die Schüler*innen noch die Lehrpersonen für den Online-Unterricht ausgerüstet und ausgebildet seien, berichtet Julissa. «Dank der Flexibilität der Mitarbeitenden und Mitglieder von MTC konnten wir aber schnell nötige Anpassungen umsetzen, um das Stipendienprogramm weiter attraktiv zu behalten. Im Bereich der Gemeindearbeit hatten die pandemiebedingten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sogar unerwartete positive Effekte», so die Koordinatorin stolz.

Virtueller Schulunterricht und praktische Kurse

Auf der einen Seite erforderte die Umstellung auf den Online-Unterricht Budgetanpassungen. So erhielten die Studierenden neu Beiträge für den Internetzugang anstatt für den Transport zu den Universitäten und Fachschulen. Darüber hinaus wurden sie beim Kauf von Smartphones, Tablets oder Computern unterstützt. Auf der anderen Seite ist es gerade für die jüngeren Schüler*innen eine grosse Herausforderung, beim stark auf selbständiges Lernen aufgebauten Heimunterricht nicht den Anschluss zu verlieren. «Viele der Kinder können beim Lösen der Hausaufgaben nicht auf Unterstützung der Eltern zählen – weil diese arbeiten

müssen oder nur über eine minimale Schulbildung verfügen. Deshalb bieten die Stipendiat*innen den jüngeren Mitgliedern ihrer Gemeinden Aufgabenhilfe an», erzählt Julissa. Zudem wurden in allen MTC-Lokalgruppen Workshops zum verantwortlichen und sicheren Umgang mit sozialen Medien durchgeführt.

Da die Weiterführung einiger Studiengänge ungewiss war und sich die Arbeitsmarktsituation weiter zugespitzt hatte, hat die MTC-Bewegung ihr regionales Aus- und Weiterbildungsangebot ausgebaut. Damit will sie insbesondere das Kleinstunternehmertum von Jugendlichen und Frauen fördern. Das Spektrum an Grund- und Aufbaukursen reicht von Schneiderei, Stickerei, Weberei, Kunsthandwerk, Kochen, Bäckerei und Konditorei bis hin zu Computerpraxis. Die Kursdiplome werden vom guatemaltekischen Bildungsministerium anerkannt.

«Unser Motto heisst *«Un movimiento sin educación, formación y corazón no se mueve.»* (Eine Bewegung ohne Bildung, Ausbildung und Herz, bewegt sich nicht.) Wir konnten auf eine erhöhte Nachfrage reagieren. Das Resultat davon ist nicht nur, dass die Jugendlichen und Frauen trotz der Krise neue Kenntnisse und Perspektiven mitnehmen, sondern auch, dass sie in diesen schwierigen Zeiten weiterhin ein gesundes Miteinander leben können», führt Julissa aus.

Stipendiat*innen übernehmen Verantwortung und Führungsrollen

Zu den Zielen vom MTC gehören neben der schulischen und beruflichen Bildung für Kinder und Jugendliche auch die ganzheitliche Gemeindeentwicklung und das politische Mitwirken. Als Gegenleistung für das erhaltene Stipendium sollen sich die jungen Studierenden in ihren Gemeinden und Weilern gemeinnützig und sozial engagieren. «Während der Pandemie haben sie in ihren *Comunidades* wichtige Präven-



Erfolgreiche Absolvent*innen von Kursen zur Förderung des Kleinunternehmertums nehmen ihre Diplome entgegen. Foto: MTC

tions- und Informationsarbeit geleistet», betont Julissa. «Da die Mobilität durch die Corona-Massnahmen stark eingeschränkt war und sich einige Gemeinden aus Angst abgeschottet haben, konnten wir MTC-Mitarbeitenden zeitweise nicht mehr in die verschiedenen *Comunidades* fahren. Das führte dazu, dass die örtlichen Jugendlichen mehr Verantwortung übernahmen. Dadurch haben sie Führungskompetenzen entwickelt und sich das Vertrauen und die Anerkennung ihrer Gemeinden erworben.» Ein Stipendiat ist heute Mitglied des Entwicklungsrats seiner Gemeinde³ und zwei weitere Studierende sind Mitglieder in den Regionalräten von MTC. «Genau das wollen wir erreichen, dass die Jungen die Zukunft ihrer Gemeinden und unserer Bewegung mitgestalten», schliesst Julissa ab.

1 Landwirtschaftliche Grossbetriebe, in denen viele Frauen, Männer und ganze Familien saisonal im Tagelohn arbeiten. Schaffen sie die geforderten Arbeitseinheiten nicht, wird ihr ohnehin geringer Lohn empfindlich gekürzt.

2 Mit ausländischem Kapital betriebene Fabriken, die einen steuerlichen und rechtlichen Sonderstatus geniessen. Zehntausende Personen – vor allem Frauen – schuften in Guatemala zu Niedrigstlöhnen in solchen Werken, hauptsächlich in der Textil- und Bekleidungsbranche und der Nahrungsmittelverarbeitung.

3 Der Consejo Comunitario de Desarrollo Urbano y Rural COCODE (Gemeinschaftsrat für städtische und ländliche Entwicklung) ist das Koordinationsorgan zwischen der Gemeinde und ihren Organisationen sowie übergeordneten Behörden. Er stösst Entwicklungs- und soziale Projekte an, überwacht sie und sorgt für ihre Finanzierung durch das Gemeindebudget oder Mittel, die er bei anderen Stellen beantragt. Er legt darüber öffentlich Rechenschaft ab.

Stipendienprojekt

Die Landarbeiter*innenbewegung Movimiento de Trabajadores Campesinos de San Marcos MTC verteidigt die Menschen-, Arbeits- und Landrechte der Landarbeiter*innen und Kleinproduzent*innen und arbeitet an der Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder und deren Gemeinschaften.

Das Stipendienprojekt des Guatemala-Netzes Zürich wurde als Ergänzung zur deutschen Initiative Chancen durch Ausbildung in Guatemala (ICAGUA) konzipiert, die in den verschiedenen Bezirken, wo MTC präsent ist, mit Stipendien die Grund- und Sekundarschulbildung fördert. Das Guatemala-Netz Zürich unterstützt jährlich 24 Jugendliche, damit sie eine weiterführende Ausbildung machen können.

Mit einer Spende für unser gemeinsames Stipendienprojekt mit MTC San Marcos eröffnen Sie jungen Menschen neue Chancen und Perspektiven und fördern die Entwicklung ihrer Gemeinden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich

Postkonto 87-674612-1

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Vermerk «Stipendien»

Kurzmeldungen

Alma Noser (1937–2021)

Im September haben wir ein treues und engagiertes Mitglied verloren. Bei einem Ferientaufenthalt mit ihrer Familie am Thunersee ist Alma gestürzt und wenige Tage später gestorben. Alma war eine wache und inspirierende Frau mit einem weiten Horizont. In Luzern, wo sie mit ihrem Mann Erich eine Familie gründete, nahm sie bald am politischen Leben der Stadt teil. In den 1980er-Jahren rückten die Befreiungsbewegungen in Zentralamerika in ihren Blick. 1985 ging sie als Kaffeepflückerin ins sandinistische Nicaragua. Als Projektverantwortliche von Caritas Schweiz für Mittelamerika und Mexiko beschäftigte sie sich dann intensiv mit Guatemala. Der repressive Staatsapparat und die Armee im Dienst der mächtigen Oligarchie verübten dort einen Völkermord unter der indigenen ländlichen Bevölkerung. Alma ging ins Land und setzte sich mit Frauen- und Bauernorganisationen des zivilen Widerstands in Kontakt. Als ich mich 1993 für einen Einsatz als Menschenrechtsbeobachter mit COSAR für die aus Mexiko zurückkehrenden Flüchtlinge nach Guatemala entschied, war Alma eine unserer Referent*innen, die uns auf unseren Einsatz vorbereiteten. Später, als das Guatemala-Netz Zürich gegründet war und ich eine Studienreise nach Guatemala organisieren wollte, war Alma sofort bereit, sie mit mir zu leiten. Wir haben zusammen drei solche anspruchsvollen Reisen durchgeführt (2002, 2003 und 2005). Kurz vor ihrem Tod hat Alma mit ihrer Tochter Janina einen zweibändigen Rückblick auf ihren Weg fertiggestellt. Der erste Band mit dem Titel «Lateinamerika» enthält zahlreiche Dokumente und Fotos zu ihren Erfahrungen in Guatemala. Alma ist uns bis zu ihrem Tod verbunden geblieben. Wir haben ihr viel zu verdanken und behalten sie in guter Erinnerung.



Toni Steiner

Bergbauspiel Minanga ab Mitte Dezember erhältlich

Ein vom Verein Bergbau Menschen Rechte herausgegebenes Brett- und Kartenspiel ermöglicht auf unterhaltsame Weise den Zugang zu Bergbau und Menschenrechten. Eine bis sechs Personen ab zwölf Jahren oder Teams mit mehreren Mitgliedern entscheiden über die Zukunft ihrer jeweiligen fiktiven ländlichen Dörfer. Auf ihren Feldern betreiben die Menschen Landwirtschaft, um sich zu ernähren. Darunter lagern aber wertvolle Erze. Bergbauunternehmen und Regierung üben grossen Druck auf die Bevölkerung aus, ihr Land zu verkaufen. Die Spieler*innen erhalten Einblicke in die schwierige Lebenswirklichkeit von Menschen in Bergbauregionen und erleben unmittelbar die sozialen, wirtschaftlichen und Umwelt-Auswirkungen ihrer Entscheide oder die Folgen von unvorhergesehenen Ereignissen wie schwankenden Weltmarktpreisen.

Minanga – dein Dorf zwischen Bergbau, Landwirtschaft und Menschenrechten – bringt lehrreichen Spass in Familien, den Freundeskreis, Schulen und Jugendgruppen und schafft zugleich Bewusstsein für die globalen Auswirkungen unserer Konsum- und Anlageentscheide. Das Spiel ist ab Mitte Dezember erhältlich und eignet sich auch für Bildung für Nachhaltige Entwicklung und den Lehrplan 21. Weitere Informationen und Bestellung unter <https://www.bergbaumenschen-rechte.ch/minanga>

Webinar Maya-Medizin

Die Online-Veranstaltung «Maya-Medizin: Bedeutung und Herausforderungen» mit Francisca Salazar und Mónica Berger kann unter folgendem Link im spanischen Original und in deutscher Version nachgeschaut werden: <https://www.medicointernational.ch/projekte/guatemala/hintergruende.html>

Wir danken dem Guatemalanetz Bern und medico international schweiz für die Zusammenarbeit.

Impressum: Nr. 69, Dezember 2021

Erscheint zwei bis vier Mal jährlich.

www.guatemalanetz-zuerich.ch info@guatemalanetz-zuerich.ch

<https://www.facebook.com/GuatemalaNetz>

Redaktion: Alice Froidevaux, Jessica Garcia, Michael Kohli

Layout: Alice und Pascal Froidevaux. Lektorat: Jacqueline Hefli
Administration: Silvia Brennwald

Guatemala-Netz Zürich, 8049 Zürich

Postkonto 87-674612-1

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1